

Widerspruch

Informationsblatt der Partei **DIE LINKE.** Oder-Spree

2. Ausgabe 2021 | Mai/Juni | 01. Mai 2021

Spende ab 0,60 €



Foto: sasint | pixabay.com | Pixabay Lizenz

Für eine neue Arbeitswelt

Anlässlich des Tages der Arbeit dokumentieren wir Auszüge aus unserem Programmentwurf zur Bundestagswahl, mit dem wir die Verteilung von Arbeitszeit und Arbeitseinkommen radikal neu ordnen wollen:

Gute Arbeit, gute Löhne – Demokratie gilt auch im Betrieb!

DIE LINKE kämpft dafür, dass alle Menschen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Arbeitsbedingungen müssen sich am Menschen und ihren Familien orientieren, nicht an den Profitinteressen der Unternehmer. Die Unternehmerverbände nutzen die Krise, um Rechte von Beschäftigten einzuschränken, Löhne weiter zu drücken und Überstunden durchzusetzen. Wenn Unternehmen in der Corona-Krise riesige Wirtschaftshilfen bekommen und dann Beschäftigte entlassen oder die Standorte schließen,

sagen wir nein! DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Wir wollen Arbeitsplätze und Tarifverträge verteidigen und die Tarifbindung ausbauen, Entlassungen stoppen und die Arbeitswelt vom Kopf auf die Füße stellen: Gute Arbeit, die zum Leben passt, muss für alle die Regel sein statt die Ausnahme. Dafür wollen wir folgende zentrale Forderungen umsetzen:

* Löhne, die für ein gutes Leben reichen! Wir schaffen den Niedriglohnsektor ab und stärken Tarifverträge. Für Teilzeitjobs schaffen wir einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche.

* Soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen! Wir drängen Befristungen zurück und sichern sämtliche Tätigkeiten über die Sozialversicherungen ab. Das schließt Beschäftigte über Plattformen, Soloselbstständige und Saisonbeschäftigte ein.

* Arbeitszeiten, die zum Leben passen! Mehr Personal statt Dauerstress. Wir schaffen ein neues Normalarbeitsverhältnis um die 30 Stunden pro Woche, ein Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung und eine Anti-Stress-Verordnung.

* Recht auf Weiterqualifizierung mit sozialer

Abrüsten statt Aufrüsten

Seite 4

**Gemeinwohl vor Profit
im Krankenhaus -
auch in Bad Saarow!**

Seite 5

**Von der Milieudebatte
zum Klassenkampf**

Seiten 7-8

**Erfolg: In Schöneiche
gilt weiterhin die
Mietpreispbremse**

Seite 12

Absicherung! Wir schaffen einen Weiterbildungsanspruch für alle und sichern das Einkommen während Weiterbildungszeiten mit einem Weiterbildungsgeld.

Löhne, die für ein gutes Leben reichen. Schluss mit dem Niedriglohn

* Der gesetzliche Mindestlohn wird auf 13 Euro erhöht. Zuschläge für Sonntags-, Schicht- oder Mehrarbeit sowie Sonderzahlungen dürfen nicht mit dem Mindestlohn verrechnet werden. Sämtliche Ausnahmen vom Mindestlohn müssen gestrichen werden. Durch die Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung und häufigere Kontrollen muss die Einhaltung des Mindestlohns durchgesetzt werden.

* Tarifbindung muss wieder für alle Unternehmen und Branchen gelten. Dafür müssen Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Das muss auf Antrag einer Tarifvertragspartei möglich sein. Es muss als »öffentliches Interesse« gelten, Tarifverträge in ihrer Reichweite zu stärken und einen Unterbietungswettbewerb zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern. Auch regionale Tarifverträge und komplette Entgelttabellen sollen per Rechtsverordnung gemäß Arbeitnehmerentendengesetz bundesweit gelten können.

* Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit beenden. Wir wollen Leiharbeit verbieten. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leiharbeiter*innen ab dem ersten Tag die gleichen Löhne wie für Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten. Die Vergabe von Werkverträgen und der Einsatz von Leiharbeit müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden. Um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden, muss die Beweislast künftig beim Arbeitgeber liegen. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss an den Arbeitsplatz statt an die Person der Beschäftigten gebunden werden. Die Vermittlung Erwerbsloser in Leiharbeit durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter muss beendet werden.

* Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag von 22 Stunden pro Woche für alle Beschäftigten einführen

* Um gleiche Entgelte für Frauen und Männer durchzusetzen, muss der Auskunftsan-

spruch im Entgelttransparenzgesetz durch ein Verbandsklagerecht ergänzt werden. Gewerkschaften müssen für ihre Mitglieder gleiche Entgelte einklagen können.

* Bei Betriebsübergängen in nicht tarifgebundene Unternehmen und bei Auslagerungen müssen die bisherigen Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben und auch für neu Eingestellte gelten.

* Ein Bundestariftreuegesetz muss die Einhaltung von Tarifverträgen zur zwingenden Voraussetzung für öffentliche Aufträge machen und auch von den beauftragten Firmen eingesetzte Subunternehmen einschließen.

* Wir wollen verbindliche Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter: Sie dürfen nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen. Managergehälter können steigen, wenn die untersten Lohngruppen angehoben werden. Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein.

Soziale Absicherung in jedem Arbeitsverhältnis

Die soziale Absicherung steht allen Beschäftigten zu, unabhängig von ihrer Herkunft und der Art ihres Arbeitsverhältnisses:

* Befristungen stoppen! Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden. Bei öffentlicher Finanzierung soll die Befristung der Haushaltsmittel oder von Projektgeldern kein zulässiger Grund mehr für die Befristung von Arbeitsverträgen sein. Der dritte Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss zwingend unbefristet sein.

* Mini- und Midijobs wollen wir abschaffen und in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen. Ab dem ersten Euro muss für Unternehmen eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten. Plattformen müssen Arbeitgeberpflichten erfüllen und Sozialversicherungsbeiträge für über sie Beschäftigte abführen. Auftraggeber müssen auch für Soloselbständige Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Dazu schaffen wir bundesweite branchenspezifische Mindesthonorarregelungen, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken und Soloselbständige schützen. Sämtliche Ausnahmen für ausländische

Saisonbeschäftigte müssen gestrichen werden.

* Der Betriebsbegriff und der Arbeitnehmerbegriff müssen aktualisiert und an die heutigen Arbeitsverhältnisse und Betriebsstrukturen angepasst werden.

Arbeitszeiten, die zum Leben passen

[Allein in den Jahren 2015 und 2016 haben Beschäftigte in Deutschland über 2 Milliarden Überstunden geleistet, die meisten davon unbezahlt.] Viele Beschäftigte werden krank durch zu viel Arbeit und Überstunden, während Millionen Menschen von Erwerbsarbeit ausgeschlossen oder werden unfreiwillig in Teilzeit abgedrängt. Es ist Zeit für ein neues Normalarbeitsverhältnis. Wir wollen Arbeit in der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern gerecht verteilen. Wenn die Arbeit gerechter verteilt wäre, könnten statt Überstunden und Dauerstress über eine Million Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit um die 30-Stunden pro Woche geschaffen werden. Eine 4-Tage-Woche bzw. Arbeitszeiten um die 30 Stunden pro Woche sind genug. Eine Umverteilung von Arbeitszeiten erhöht die Lebensqualität für alle.

* Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen.

* Ausnahmen von der täglich zulässigen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden wollen wir stärker begrenzen. Eine Verkürzung der erforderlichen Ruhezeiten von 11 Stunden lehnen wir ab.

* Arbeitgeber müssen Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit sowie die Dauer der gewährten Ruhepausen jeweils am Tag der Arbeitsleistung aufzeichnen. Dienstreisen und in der Freizeit erbrachte Arbeitsleistungen müssen vollständig als Arbeitszeit angerechnet werden. Stärkere Kontrollen durch Arbeitsschutzbehörden müssen gesetzlich vorgeschrieben werden.

* Arbeit auf Abruf wird aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen.

* Betriebs- und Personalräte brauchen ein zwingendes Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung, um regelmäßige Überstunden und Leistungsverdichtung zu verhindern.

* Wir wollen ein Recht auf vorübergehende

Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten.

Es braucht einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen.

* Wir brauchen für alle Beschäftigten ein Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber.

* Den Mindesturlaubsanspruch im Bundesurlaubsgesetz wollen wir schrittweise von 24 auf 30 Werktage anheben. Jedem Beschäftigten sollen mindestens 5 Wochen Urlaub zustehen.

* Alle Beschäftigten sollen durch ein Recht auf Home-Office einen Teil ihrer Arbeit Zuhause erledigen können, sofern die Art ihrer Tätigkeit das zulässt. Die Bedingungen über Home-Office müssen per Tarifvertrag oder

per Betriebs-/Dienstvereinbarung geregelt werden. Arbeitsschutz und die gesetzliche Unfallversicherung müssen auch im Homeoffice uneingeschränkt gelten. Recht auf Pausen und Recht auf Feierabend muss es auch im Home-Office geben!

* Recht auf Auszeiten: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr) verbunden mit einem Rückkehrrecht.

TERMINE

DIE LINKE. Oder-Spree

10. Mai 2021, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

DIE LINKE. Oder-Spree

08. Juni 2021, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

Die Beratungen des Kreisvorstandes finden bis auf Weiteres als Videokonferenzen statt. Die Teilnahme ist nach vorheriger Anmeldung bis zum 5ten Tag vor der Sitzung möglich.

Anmeldung per Email unter kontakt@dielinke-oder-spree.de oder telefonisch unter 03361 / 598 46 57

Kreistag Oder-Spree

09. Juni 2021, 17:00 Uhr

Sitzung des Kreistages

In Zeiten der Pandemie können einige Ausschüsse sowie der Kreistag via Videokonferenz stattfinden. Informationen dazu entnehmen Sie bitte dem Bürgerinformationsportal: <https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionet/bi/info.php>

oder erfragen die Informationen telefonisch unter 03366 / 35 10 05



JAHRESTAGE

29. April 1885 | Prag

* **Egon Erwin Kisch**

05. Mai 1818 | Trier

* **Karl Marx**

14. Mai 1928 | Rosario, Argentinien

† **Che Guevara (1928)**

19. Mai 1999 | London

* **Nicholas George Winton**

Nicholas George Winton war ein britischer Staatsbürger, der kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs die Rettung von 669 meist deutschstämmigen tschechoslowakischen Kindern jüdischen Glaubens oder Herkunft vor dem Holocaust organisierte. Diese Aktion wurde als tschechischer Kindertransport bekannt. Winton, der selbst jüdischer Abstammung war, wurde häufig als „britischer Schindler“ bezeichnet, was ihm selbst aber nicht zusagte. (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Nicholas_Winton)

26. Mai 2012 | Exeter, England

† **Zvi Aharoni**

Zvi Aharoni war ein israelischer Mossad-Agent. Er war wesentlich an der Ergreifung Adolf Eichmanns beteiligt. Hermann Aronheim (später Zvi Aharoni) entstammte einer gutbürgerlichen Familie, der Vater war Rechtsanwalt. Er besuchte in Frankfurt (Oder) das Friedrichsgymnasium. (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Zvi_Aharoni)

28. März 1897, Halle (Saale)

* **Heather Heyer**

Heather Heyer wurde bei einer rechtsextremen Demonstration am 12. August 2017 in Charlottesville, Virginia getötet. Sie wurde zu einem Symbol für Bürgerrechte. Der rechtsradikale Attentäter beschleunigte stark und raste in einer schmalen Straße in der Innenstadt in eine Menschenmenge. Bei dem Anschlag wurde die 32-jährige Heather Heyer getötet und 19 weitere Teilnehmer verletzt. Der Attentäter wurde im Dezember 2018 von einer Jury des Mordes für schuldig befunden.

Heyers letzte Worte wurden auf Facebook gepostet: „Wer sich nicht empört, schaut einfach nicht hin.“ (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Heather_Heyer)

12. Juni 1929 | Frankfurt am Main

* **Annelies Marie (Anne) Frank**

18. Juni 1936 | Gorki-10, Oblast Moskau, Russland

† **Maxim Gorki**

20. Juni 1933 | Archangelskoje, Oblast Moskau, Sowjetunion

† **Clara Zetkin**

HISTORISCHE EREIGNISSE

26. April 1986

Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

29. April 1945

Befreiung des KZ Dachau

30. April 1945

Befreiung des KZ Ravensbrück

02. Mai 1933

Polizei, SA und SS besetzen die Einrichtungen der Gewerkschaften.

05. Mai 1945

Befreiung des KZ Mauthausen

08. Mai 1976

Der Bundestag verabschiedet die

Neufassung des sogenannten „Abtreibungsparagrafen“ 218 StGB

9. Mai 1945

Befreiung des KZ Stutthof

GEDENK-, AKTIONS- & FEIERTAGE

01. Mai

Tag der Arbeit / Tag der Arbeiterbewegung / Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse / Maifeiertag

Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

03. Mai

Welttag der Pressefreiheit

05. Mai

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

08. Mai

Tag der Befreiung / Tag des Sieges über den Nationalsozialismus

12. Mai

Internationaler Tag der Pflege / Internationaler Tag der Pflegenden

15. Mai

Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

17. Mai

Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie

01. Juni

Internationaler Kindertag

Vereinte Nationen (UN)

5. Juni

Welttag der Umwelt / Weltumwelttag

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

12. Juni

Welttag gegen Kinderarbeit

Weltgesundheitsorganisation (WHO) und weitere

14. Juni

Weltblutspendetag

Vereinte Nationen (UN)

20. Juni

Weltflüchtlingstag

Friedenspolitik

Abrüsten statt Aufrüsten

Aufgrund des hohen Inzidenzwertes konnte der Ostermarsch in Frankfurt (Oder) nicht stattfinden. Wir dokumentieren hier die Rede des LINKE Bundestagskandidaten und Frankfurter Kreisvorsitzenden Stefan Kunath, die er sehr gerne bei dieser Veranstaltung gehalten hätte.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, mich empört, dass der Verteidigungsetat der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt ist. 45 Milliarden Euro standen im ersten Pandemiejahr 2020 zur Verfügung.

Noch mehr empört mich, dass der Gesundheitsetat nur der fünftgrößte Posten im Bundeshaushalt ist. 15 Milliarden Euro standen dem Gesundheitsressort zur Verfügung.

Das heißt, im Jahr eins der Pandemie kamen auf einen Euro für unsere Gesundheit drei Euro für Rüstungsausgaben. Auch die Entwicklung geht in eine ganz falsche Richtung: Während der Verteidigungsetat um mehr als 4 Prozent anstieg, schrumpfte der Gesundheitsetat um mehr als 4 Prozent.

Deshalb fordern wir: Abrüsten statt Aufrüsten! Wir brauchen ein gut finanziertes Gesundheitssystem, das allen Menschen dient! Mit mehr Personal, mehr Gehalt und besseren Arbeitsbedingungen für die Pfleger:innen!

Wir befinden uns in einer sinnlosen Rüstungsspirale. Die USA rüsten auf, Deutschland rüstet auf, die NATO rüstet auf, Indien, China und Russland rüsten auf. Ich finde, wir müssen diese sinnlose Rüstungsspirale durchbrechen.

Ein Lichtblick, ja ein bemerkenswerter Erfolg in Zeiten der allgemeinen Aufrüstung ist, dass der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten ist. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, dass Deutschland dem Vertrag unverzüglich beitrifft. Der Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland ist überfällig!

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

die atomare Abrüstung des europäischen Kontinents braucht ein verbindliches und akzeptiertes Regelwerk. Die USA, die EU, Großbritannien und Russland sind gefragt. Diese Verhandlungen brauchen Vertrauen. Eine vertrauensbildende Maßnahme wäre, die Zusammenarbeit bei der internationalen Bekämpfung der Pandemie zu stärken:

- bei der Erforschung von Impfstoffen und Medikamenten,
- bei der Produktion von Impfstoffen und Medikamenten,
- bei der Verteilung von Impfstoffen und Medikamenten.
- Es wird nichts bringen, wenn ein Teil der Erde durchgeimpft ist, während andersorts neue Virus-Mutanten entstehen.

Deshalb wiederhole ich meine Forderung: Abrüsten statt Aufrüsten. Wir brauchen ein gut finanziertes Gesundheitssystem, das allen Menschen dient.

Herzlichen Dank!



Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

✉ stefan.kunath@dielinke-ffo.de

🌐 www.stefan-kunath.eu

📘 facebook.com/stefan.kunath.linke/

Solidarität mit den streikenden Beschäftigten!

Gemeinwohl vor Profit im Krankenhaus - auch in Bad Saarow!

Am 30. März war ich beim Streik der Beschäftigten des Helios-Klinikums in Bad Saarow. Krankenhäuser des Helios-Konzern wurden an diesem Tag bundesweit bestreikt, da die Konzernleitung in den Tarifverhandlungen eine schwache Gehaltserhöhung mit Reallohnverlust und die Aufkündigung der Pflegezulage mitgeteilt hatte. Währenddessen erhöht der Mutterkonzern von Helios seine Dividenden für Aktionäre.

Die Beschäftigten vor Ort sind wütend und enttäuscht. Die Pflegekräfte sind es, die mit ihrer Arbeitskraft täglich unser Gesundheitssystem am Laufen halten - unter großen persönlichen Opfern und einem hohen Risiko in der Pandemie. Mitunter sorgen die Arbeitsbedingungen dafür, dass Pflegekräfte auch wegen Dauerstress selbst erkranken.

Die Arbeit der Pflegekräfte ist systemrelevant und warme Worte als Dank sind dafür nicht

genug. Von Applaus allein kann niemand eine Familie ernähren. Es braucht konkrete Verbesserungen bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen - auch bei Helios in Bad Saarow! Die Konzernführung muss ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Sonst wird künftig kaum jemand mehr im Pflegebereich arbeiten wollen.

Die Dividenden der einen sind die Lohnkürzungen der anderen. In Krankenhäusern muss das Wohl und die Gesundheit aller Menschen im Vordergrund stehen und nicht die Betriebswirtschaft. Dazu gehören auch zufriedene, gesunde und gut bezahlte Beschäftigte! Umso ermutigender ist, dass immer mehr Menschen dafür streiten, unser Gesundheitssystem neu auszurichten. Wir brauchen einen Systemwechsel im Krankenhaus: Gemeinwohl vor Profite!

Stefan Kunath



IMPRESSUM

Widerspruch

Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Oder-Spree

Kontakt:

✉ widerspruch@dielinke-oder-spree.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Oder-Spree
Kreisvorsitzende Julia Wiedemann, Christopher Voß
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde / Spree

☎ (03361) 598 46 57

☎ (03361) 598 50 72

✉ kontakt@dielinke-oder-spree.de

🌐 www.dielinke-oder-spree.de/politik/widerspruch
📘 <https://facebook.com/linkeoderspree>

Verantwortlich für die AG Widerspruch

Christopher Voß

(christopher.voss@dielinke-oder-spree.de)

Der Widerspruch lebt von Ihren/Euren Spenden!

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:

DIE LINKE. Oder-Spree

IBAN: **DE22 1705 5050 3410 5339 65**

BIC: **WELADED1LOS**

bei der **Sparkasse Oder-Spree**

Kennwort: **Spende Widerspruch**

(Bei gemeinsam genutztem Konto bitte auf Verwendungszweck den Vornamen der Person ergänzen, der eine Spendenbescheinigung zugehen soll.)

Auflage: 1.500

Nächste Ausgabe: 20. Juni 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

12. Juni 2021, 12:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Widerspruch: 25. Mai 2021, 18:30 Uhr, Teilnahme (coronabedingt) derzeit nur via Telefonkonferenz möglich. Bitte rechtzeitig unter widerspruch@dielinke-oder-spree.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, bei DIE LINKE. Kreisverband Oder-Spree

Unterzeichne den Aufruf!
www.die-linke.de/impfpatente-frei



Impfen rettet Leben.
Geht die Patente frei. **DIE LINKE.**

Euro-Krise 2021

Macrons holpriger Parcours

In Frankreich kriegt die Vorphase auf die Präsidentschaftswahl im April 2022 Fahrt. Weithin wird noch davon ausgegangen, dass es zu einer Wiederholung des Duells zwischen Marine Le Pen und Emmanuel Macron kommen wird. Doch Macrons Umfragewerte liegen hinter der Vorsitzenden des Rassemblement National. Als Folge der neoliberalen Kürzungen im Renten-, Arbeits- und Sozialbereich kann er nicht wie 2017 von einem Anti-Le Pen-Reflex ausgehen, der ihm in der Stichwahl erneut die Stimmen der linken Gegenfraktionen zuführt.

Nach Xavier Bertrand (Les Republicains) hat sich nun Édouard Philippe, ehemaliger und beliebter Premierminister unter Macron ins Spiel der Kandidaturen gebracht. Ausschlaggebend mag eine Projektion gewesen sein, in der Le Pen mit 26% vor Macron liegt (24%). Überraschend: Auch für die Stichwahl geht erstmals die Hälfte der Befragten von einem Sieg Le Pens aus.

In der Corona-Pandemie grassiert in Frankreich die Südafrika-Mutante, die im Vergleich zur britischen Mutante als aggressiver beschrieben wird. Im Januar hat Macron gegen die Beschränkungen auf ein Confinement (Lockdown) verzichtet. Doch durch das Hochschnellen der Infektionszahlen trotz Impfkampagne ruderte er nun zurück und hat erneut ein präsidiales Confinement verhängt. Nach Kritik an der erneuten Wendung hat er ein »Mea Culpa« abgelehnt, er habe alles richtig gemacht. Le Pen nannte es das »Impf-Waterloo« von Macron.

Für La France Insoumise hat Jean-Luc Mélenchon in seiner cäsaristischen Manier inmitten des Winter-Lockdown eine erneute Kandidatur verkündet. Dies hat zu scharfem Widerspruch und zur Zersplitterung in der Linken geführt. Für die Kommunistische Partei Frankreichs tritt der Vorsitzende Fabien Roussel an, uns verbindet eine langjährige gute internationalistische Zusammenarbeit. Für die Parti Socialiste geht Anne Hidalgo, die Pariser Bürgermeisterin ins Rennen. Yannick Jadot will es für die Grünen wissen.

Vor der Präsidentschaftswahl stehen noch Regional- und Departementswahlen an. Sie gelten nicht nur für die Aussichten des Rassemblement National als Lackmustest und werden von En Marche mit großer Sorge betrachtet. Nach der Corona-bedingten Verschiebung des Wahlgangs vom 18. Februar gab es starke Differenzen darüber, ob sie angesichts der Pandemie 2021 überhaupt noch stattfinden sollen.

Eine kurzfristig einberufene Versammlung der Bürgermeister am 13. April hat mit einem Ergebnis von 54% »Dafür« und 40% »Dagegen« ergeben, die Demokratie im LockDown nicht zu suspendieren. Dies wäre zu starkes Wasser auf die Mühlen der Rechten und der Verschwörungstheoretiker. Der Juni-Termin sorgt für weitere Unruhe, denn »En Marche« hat nur flache Wurzeln. Bei den Kommunalwahlen im Juni 2020 hat sie in keiner größeren Stadt eine Mehrheit erreicht, nur 10.000 von 500.000 Gemeinderäten gehören EM an.

Mangels konsistenter Strategie wird ihm launenhaftes Lavieren unterstellt. Mal schiebt Macron nach rechts wie mit dem »Sicherheitsgesetz« gegen das Filmen von Polizisten im Einsatz, wenn dies »in schädigender Absicht« geschieht. Vier Polizisten hatten einen Rapper vor einer laufenden Kamera krankenhaushausreif geprügelt. Nach der Ablehnung des Gesetzes gegen islamistischen »Separatismus« durch die parlamentarische Linke polemisiert Macron gegen »Islam-Gauchisme«, einer Verbindung der extremen Linken mit islamischem Fundamentalismus.

Mal greift Macron Forderungen der Linken auf und Innenminister Dardamin verbietet die »Generation Identitaire«, die Flüchtlinge an der Grenze zu Spanien am Übertritt hindern wollte. Die Gruppe steht unter Verdacht, Geld an den Attentäter von Christchurch gespendet zu haben. Renaud Camus hat mit einem Text über den »Großen Austausch«, »Le Grand Remplacement« z.B. das Vorbild für den identitären Begriff »Umvolkung« geliefert. Als weiteres Beispiel hat Macron die Auflösung der umstrittenen Eliteschule »École Nationale d'Administration, ENA« verkündet. Dies war u.a. eine Forderung der Gelbwesten gewesen.



Thomas Nord

Mitglied des Bundestages, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Landesliste Brandenburg

✉ thomas.nord@bundestag.de

🌐 www.thomas-nord.de

📘 facebook.com/thomas.nord.319

Von der Milieudebatte zum Klassenkampf

Nach dem Bundesparteitag sollte auch nach dem Ende der Milieudebatte sein, oder auch: die Bedeutung von verbindender Klassenpolitik und kämpferischer Praxis vor Ort

Es sind noch sechs Monate bis zur Bundestagswahl. Nach einem gut verlaufenen Online-Parteitag und der Wahl der ersten weiblichen Parteivorsitzenden-Doppelspitze Deutschlands auf Bundesebene mit einem hoffnungsvollen Aufbruchssignal blicken wir nun auf die Landtagswahlergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz und fragen uns: Woran hat's gelegen? Und: Was heißt das für unseren Bundestagswahlkampf?

Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Beitrages sind die Wahlen in den zwei Bundesländern weniger als eine Woche her. Insofern gibt es keine - aus meiner Sicht - wirklich standfeste und belastbare Analyse. Die Debattenbeiträge, die ich zu diesem Thema mitbekommen habe, sind wie ein Spiegelbild der parteiinternen Debatte vor und nach dem Parteitag: die Frage, warum uns diese konservativen Arbeiter:innen eigentlich nicht wählen und ob es überhaupt so gut sei, dass unsere Hochburgen im wesentlichen aus den Universitätsgroßstädten bestehen. Also die gute alte Milieu-

seit Jahren mit uns selbst beschäftigt und viel zu oft im luftleeren Raum ausgetragen wird.

Eine stichhaltige Analyse und tragbare Strategie für unsere Partei, für die anstehenden Bundestagswahlen, aber auch darüber hinaus, muss aus meiner Sicht auch eine Rationalisierung und Beweis der aufgestellten Thesen zur Wähler:innenschaft und unseren Mitgliedern, sowie eine Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Machtverhältnisse als Grundlage haben. Nur dann kann sichergestellt werden, dass sie in der Praxis etwas taugt.

Bezogen auf die aktuelle Debatte möchte ich nun einige Punkte klarstellen, die mir sonst oft zu wenig Beachtung finden.

Die Arbeiter:innen in Wahlumfragen sind keine Arbeiter:innen im Sinne einer sozialwissenschaftlichen Kategorisierung, sondern lediglich eine Selbstzuschreibung. Es hat gewissermaßen auch Geschichte in linken Parteien, dass man von weniger Arbeiter:innen gewählt wird, als man sich das wünschen würde.

Zudem könnte diskutiert werden, ob die Vorarbeiter:in bei Daimler, die vergleichsweise sehr gut verdient und Aktienpakete von Daimler hält, noch in einer Kategorie mit der Zeitarbeiter:in gesehen werden sollte, die für einen Bruchteil des Lohns arbeitet und sich ökonomisch in einer vollkommen anderen Lage befindet.

Trotz Mitgliederrückgang bundesweit hat sich übrigens der Anteil an Arbeiter:innen in unserer Mitgliedschaft über einen annähernd 20 Jahre langen Zeitraum (1998 - 2017) bei 17% stabilisiert, während der Arbeiter:innen-Anteil bei anderen Parteien sank (die SPD war zuletzt bei 16%). Der Anteil an Gewerkschafter:innen ist sogar von 23% auf 33% gestiegen und stabilisiert sich scheinbar dort, auch hier wieder im Gegensatz zu den Anteilen der anderen Parteien. Was ich damit sagen will ist, dass in Relation zu anderen Parteien und der Gesamtgesellschaft sich mehr Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen in der LINKEN befinden, als je zuvor in den vergangenen 20 Jahren! (Zahlen sind entnommen aus: Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017 in: ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jahrgang 50 (2019), Heft 1, Seite 81 - 98)

Ebenso wünsche ich mir bei der Akademisierung-Hipster-Latte-Macchiato-Debatte eine materialistische und ehrliche Analyse. Ja, es stimmt, dass uns mehr Akademiker:innen wählen und zunehmend auch Mitglied werden. Was aber zur Wahrheit dazu gehört ist, dass es vielfach nicht die gut bezahlten, „weltfremden“ Professor:innen sind, sondern die Bachelor- und Master-Studierenden die trotz gutem, abgeschlossenem Studium keine Jobs finden oder sich von einer Mindestlohn-Hilfskraftstelle an der Uni zur nächsten winden. Oder kurz: wir sind auch die Partei des Akademiker:innen-Prekariats, also Leuten, die tendenziell ähnliche Klasseninteressen wie die Zeitarbeiter:in oder die Pflegekraft haben.

Verbindende Klassenpolitik sollte keine leere Phrase bleiben, sondern für unsere Praxis bedeuten: Selbstverständlich treten wir für die Interessen von Studierenden genauso ein wie für die Interessen von Auszubildenden, Angestellten, Arbeitslosen oder Arbeiter:innen. Uns sollte nicht interessieren, ob irgendwer dabei Latte Macchiato trinkt. Aussuchen kön-



nen wir es uns sowieso nicht und wir laufen dabei Gefahr, engagierte Mitglieder, die die Partei in Zukunft stützen könnten, zu verlieren. Das Einzige, was uns interessieren sollte, sind ihre Interessen und politischen Anliegen, oftmals resultierend aus ihrer ökonomischen Stellung und wie wir gemeinsam mit Ihnen für ihre Interessen kämpfen können. Lasst uns aufhören mit selbstzerstörerischen Milledebatten und anfangen mit kämpferischer politischer Praxis, die ihren Namen verdient!

Ich bin froh, dass scheinbar auch viele neugewählte Parteivorstandsmitglieder, die auf dem Online-Bundesparteitag gewählt wurden, dies ähnlich sehen wie ich und hoffe ernsthaft, dass sich das langsam durchsetzt und wir als Gesamtpartei aufhören, uns selbst künstlich schwächer zu machen. Nun weiß ich aber natürlich selbst, dass dies auf lokaler Ebene, beispielsweise bei uns in Frankfurt, auch leichter gesagt als getan ist, eine kämpferische Praxis an den Tag zu legen. Doch was bedeutet das für mich und wie kommen wir dorthin?

Aus meiner Sicht gibt es schon zaghafte Pflänzchen, die in die richtige Richtung wachsen. Als wir in der AG Medien merkten, dass wir mitten in der zweiten Welle der Pandemie keine wirksamen Präsenz-Aktionen zum anstehenden Arbeitskampf am Klinikum machen konnten, haben wir kurzerhand jene Petition gestartet, welches uns viel Zuspruch, ein breites Medienecho und mehr als 7.600 Unterstützer:innen bescherte. Vor allem aber sind wir mit unserer Botschaft zu Beschäftig-

ten am Klinikum durchgedrungen, die wir mit unserer normalen Medienarbeit nicht so einfach erreichen. Im vergangenen Jahr haben wir mittels Pressemitteilungen, Videos, Interviews, Anfragen und Anträgen eine Debatte um Stadtentwicklung angestoßen, bei der DIE LINKE die einzige Partei war, die wahrnehmbar für günstige und sozialverträglichen Mieten im zukünftigen Frankfurt gekämpft hat.

Neben dem waren wir auch lautstark für Freiräume für LGBTQI*-Personen unterwegs und kämpfen für die Zukunftssicherung der Doppelstadt und damit verbundener Projekte wie die Buslinie 983. In letzter Zeit arbeitet die Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung aktiver und wandelt auch mehr Anliegen von Mitgliedern und Bürger:innen in Aktivitäten wie Anfragen um. Joachim Wawrzyniak macht seit Jahren eine Sozialberatung, die in Frankfurt ihresgleichen sucht. Währenddessen findet auch eine Vernetzung und Organisation jüngerer Mitglieder statt, die sich aktuell verstetigt und aus der bereits einige kleine Aktionen entstanden sind.

In Zukunft müssen wir daran arbeiten, diese Themenvielfalt, das lautstarke Auftreten nach außen und eine stärkere Mitgliederorientierung in unserer politischen Arbeit weiter auszubauen.

Aus meiner Sicht heißt kämpferische Praxis und verbindende Klassenpolitik vor Ort: Genauso für eine sozial-ökologische Verkehrswende, die Zukunft der Doppelstadt und mehr Kultur kämpfen wie für niedrige Mieten, hohe

Löhne und Unterstützung von Arbeitslosen. Mit Klimagerechtigkeit lassen sich sowohl Brücken zu neuen Straßenbahnen, besserer Radinfrastruktur schlagen, als auch zu energetischen Sanierungen von Plattenhäusern mit Mietpreisbindung, einem attraktiven Heilensee und einer niedrigen Sulfat-Belastung des Trinkwassers. Die großen politischen Themen stecken auch in vielen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen. Wir sollten nur den Mut haben, die Themen zu benennen, zu politisieren und lautstark mit kleineren Kampagnen in der Öffentlichkeit zu kämpfen, statt auf Hinterzimmer-Politik zu setzen.

Mehr denn je muss unsere eigene, aktive Mitgliedschaft das Herzstück der Politik sein, denn sie sind diejenigen, die Flyer verteilen, mit den Nachbar:innen reden, Aktionen organisieren oder Kontakt zum nächsten Verein haben. Dabei muss auch bedacht werden, dass sich die Aktivitäten von jungen Neumitgliedern nicht immer mit den Erwartungen von älteren überschneiden und wir gewiss nicht am Ende eines Weges, sondern eher am Anfang stehen. Parteiaufbau ist keine Sache von wenigen Monaten, sondern einigen Jahren.

Ich hoffe, dass Ihr zumindest teilweise ähnlicher Meinung seid und wir gemeinsam einen Weg finden. Mehr von meinen Überlegungen und denen des Wahlkampfteams könnt Ihr bald in einem Entwurf unserer Wahlstrategie zur Bundestagswahl lesen.

Tom Berthold

Tom Berthold, Stellvertretender Kreisvorsitzender, Kreiswahlkampfleiter, Mitglied des Landesvorstandes

CDU-Justizministerin sollte ihren Gesetzentwurf zurückziehen

Der von Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) vorgelegte Gesetzentwurf, nach dem die Arbeitsgerichte in der Landeshauptstadt Potsdam und in Eberswalde geschlossen werden sollen und der Standort Senftenberg wegfallen soll, sorgt landesweit für breiten Widerstand. DIE LINKE unterstützt den bereits von 350 Betriebs- und Personalräten unterzeichneten Aufruf des DGB Berlin-Brandenburg zum Erhalt aller Standorte, erklären die Co-Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Katharina Slanina, und die stellvertretende Vorsitzende und justizpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Marlen Block:

„Der Gesetzentwurf stellt einen Angriff auf die Rechte von Arbeitnehmer*innen dar, denn die Wahrnehmung ihrer Interessen an weniger Gerichtsstandorten ist mit deutlich weiteren Wegen verbunden. Daran werden auch Gerichtstage nichts ändern. Darüber hinaus kommt der Vorstoß zum denkbar falschesten Zeitpunkt, denn die Pandemie wird in Brandenburg deutliche Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse haben. Zu Recht gibt es deshalb breiten gesellschaftlichen Widerstand“, betont Katharina Slanina.

„Andere Bundesländer zeigen, dass kleine Arbeitsgerichte funktionieren und für bürger-nahe Rechtswahrnehmung stehen. Deshalb müssen alle Gerichtsstandorte erhalten bleiben. Der vorliegende Gesetzentwurf nimmt den Verlust eines effektiven und zügigen Rechtsschutzes für die Arbeitnehmer*innen bewusst in Kauf. Das ist für DIE LINKE. inakzeptabel! Deshalb unterstützen wir auch die Online-Petition von verdi und werden auch die parlamentarischen Mittel ausschöpfen, um dieses Gesetz zu verhindern“, ergänzt Marlen Block.

Verdi fordert die Landesregierung auf, dem vom Justizministerium vorgelegten Konzept keine Zustimmung zu erteilen und stattdessen einen Dialog mit dem Ziel des dauerhaften Erhalts aller Standorte einzuleiten. „Dieser Forderung schließen wir uns ausdrücklich an“, so Slanina und Block abschließend.

Die Petition kann online unterzeichnet werden: <https://www.openpetition.de/petition/online/ver-di-fordert-den-erhalt-der-arbeitsgerichte-in-brandenburg>

Kontrollierte Erinnerung als Machtmittel



Es war eine kurze Meldung in verschiedenen Medien: Frankreich trägt Mitverantwortung am Völkermord in Ruanda des Jahres 1994. Zu diesem Ergebnis kam im Frühjahr 2021 eine wissenschaftliche Kommission. Die ehemalige Schutzmacht des ostafrikanischen Landes habe die damalige Regierung von Ruanda weiter unterstützt, obwohl ihr hätte klar sein müssen, was dort droht.

Fragen von Verantwortung und Schuld am Mord an etwa 800.000 Menschen mussten sich die Überlebenden in Ruanda viel eher stellen, als die französische Republik heute. Denn wie wollten sie weiter leben in diesem kleinen Land, das so zerrüttet und gespalten war, nachdem unter den knapp mehr als 12 Millionen Einwohnern ein riesiger Anteil Blut vergossen hatte, so viele Menschen fehlten?

Ruanda wird heute häufig als Musterbeispiel für die Aufarbeitung von Verbrechen, für die Übernahme von Verantwortung und letztlich den gesellschaftlichen Ausgleich zwischen einst rivalisierenden Gruppen gesehen.

Einen differenzierteren Blick darauf wirft ein Mann, der die Entwicklung seit Jahren begleitet. Gerd Hankel, Jurist, Übersetzer und freier Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung sowie wissenschaftlicher Angestellter der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, ist ein ausgewiesener Experte für den afrikanischen Kontinent.

„Ruanda. Leben und Neuaufbau nach dem Völkermord. Wie Geschichte gemacht und zur offiziellen Wahrheit wird“ heißt sein wissenschaftliches Werk von 2016. Mit „Ruanda 1994 bis heute – Vom Umgang mit dem Völkermord“ lieferte Hankel 2019 eine verkürzte Fassung für ein nichtwissenschaftliches Publikum.

Der Leser wird hier nah herangeführt an die Entstehung des ethnischen Konfliktes, die Erinnerungskultur im Land, die Veränderungen im Umgang mit dem Genozid und auch die weltweit als beispielhaft geltende juristische Aufarbeitung. Sehr verschiedene Menschen geben in dem Buch Einblicke aus erster Hand. Das verleiht dem Werk Ernsthaftigkeit, macht das Geschehen nachvollziehbar und lockt den Leser geschickt in die Falle, deren Funktionsweise Hankel aufzeigen will.

Als 1994 Tutsi sowie gemäßigte Hutu zu Hunderttausenden ermordet wurden, das Land sich im Blutausch befand, da gab es einen Weg, der dahin geführt hatte, einen Weg hindurch und einen Weg hinaus. Es gab Interessen und Strategien, es gab politische und

wirtschaftliche Zielsetzungen. Hankel macht glaubhaft, wie nach dem Genozid eine neue Ordnung entstand, die bis heute regelt, wie die Vergangenheit zu sehen ist. Die daraus eine moralisch gefärbte Gesellschaft geformt hat, in der Bekenntnis und Zustimmung vorausgesetzt, Abweichungen verfolgt werden. Die Deutungsautorität wurde, so beschreibt es der Völkerrechtler, gezielt aufgebaut und überdeckt in der Folge staatlich legitimes Unrecht.

Gut beschrieben wird das am Heldenkult der Gegenwart. Jetzt ist ein Held nicht mehr nur jemand, der damals das Morden verweigerte oder Verfolgte rettete. Er muss auch jemand sein, der die heutige ruandische Regierungspolitik nicht kritisiert.

Unaufgeregt, sachlich und an Fakten orientiert schildert Gerd Hankel das Geschehen. Die Frage „Wieviel Unrecht verträgt der Fortschritt?“ erspart er seinem Publikum jedoch nicht. Und er gibt jede Menge Raum zum Weiterdenken. Bei Lichte betrachtet ist sein Werk nicht nur auf Ruanda bezogen, sondern eine Beweisführung über Schein und Sein, über Wahrnehmung und Manipulation.

Franziska Schneider
Mitglied des Ortsverbands Erkner/Gosen-Neu Zittau

Support your local bookdealer!
Unterstützt den lokalen Buchhandel!

Autor:in: Gerd Hankel
Titel: Ruanda 1994 bis heute - Vom Umgang mit einem Völkermord
Verlag: zu Klampen Verlag
ISBN: 9783866745902
Erschienen: 11.03.2019
Einband: Paperback
Seiten: 160
Preis: 16,00 €

Finanzamt rudert zurück – VVN-BdA ab 2019 wieder gemeinnützig!

Pressemitteilung der VVN-BdA vom 24. März 2021

Der erste Schritt ist getan: Über unsere Anwälte erreichte uns heute die Mitteilung des Finanzamtes für Körperschaften I in Berlin für das Jahr 2019: die VVN-BdA ist wieder gemeinnützig. Das ist ein gutes und wichtiges Signal für den Antifaschismus in diesem Land! (...)

Die VVN-BdA wertet das als Signal, dass die Vernunft siegen wird und wir sind jetzt zuversichtlich, bald auch eine positive Nachricht für die Jahre 2016-18 zu erhalten.

An dieser Stelle bedanken wir uns schon einmal bei allen, die uns bei dieser schwierigen und langen Auseinandersetzung unterstützt

haben! Durch die große Solidarität, die verstärkte Öffentlichkeit und den lauten Protest von Vielen wurde deutlich, welche Bedeutung die VVN-BdA in diesem Land bis heute innehat, und dass Antifaschismus eine breite gesellschaftliche Basis hat.

Gemeinsam sind wir stark!

Wie Parteiarbeit trotz Lockdown möglich ist

Seit mehr als 1. Jahr sind wir nun in der Corona-Pandemie und das Licht am Ende des Tunnels ist noch sehr weit entfernt. Die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben gezeigt, dass die Parteiarbeit definitiv digitaler geworden ist.



Das ist prinzipiell auch richtig, solange das Wählerpotenzial bei dem jeweiligen Klientel auch hoch liegt. DIE LINKE hat in beiden Bundesländern versucht trotz des Lockdowns die üblichen Wahlkampfmethoden nicht auszulassen. Auch die Methode des Haustürwahlkampfes wurde effektiv genutzt. In Regionen wie Konstanz wo ein

kampf nie in der offiziellen Wahlkampfzeit beginnt, sondern schon lange davor. Aus diesem Grunde haben wir trotz Lockdowns eine aktive Parteiarbeit geleistet. Selbstverständlich konnten wir aufgrund des Pandemiegeschehens nicht alles so durchführen wie es uns lieb war, aber wir haben es versucht. So konnten wir über 100 Halloween- und Niko-

sehr aktiver Haustürwahlkampf geführt wurde, waren die Ergebnisse im Vergleich zu anderen Regionen überdurchschnittlich gut. Natürlich ist anzumerken, dass dort auch das Wählerpotenzial für uns als LINKE höher ist.

Auch wenn wir in Fürstentwalde (noch) keinen offiziellen Wahlkampf führen, sind wir der festen Überzeugung, dass der Wahl-

laustüten an die kleinen Fürstentwälder verteilen, an Heiligabend die Pflegeheime und Pflegedienste mit kleinen Paketen beschenken oder auch zum Neujahr den Polizisten, Feuerwehrleuten und Sanitätern jeweils ein Paket überreichen. Die Resonanz war riesig. Anfang dieses Jahres haben wir eine Klausur durchgeführt, wo wir uns entschieden haben wieder Aktionen im Rahmen des Möglichen zu organisieren. So konnten wir Anfang März mit unserem Landtagsabgeordneten Sebastian Walter eine kleine virtuelle Sprechstunde mit den Gewerbetreibenden in Fürstentwälder organisieren. Wir konnten drei junge Genossen im Laufe dieser Zeit für uns gewinnen, die sich schon auf den Bundestagswahlkampf freuen. Es kommt darauf an, die Genossinnen und Genossen jetzt schon zu aktivieren, um dann im Wahlkampf mehrere Hände zu haben die anpacken.

Ismail Al-Kayed
stellv. Kreisvorsitzender

Kein Amtsblatt der Stadt Erkner mehr in Kümmels Anzeiger

Das Amtsblatt der Stadt Erkner war über viele Jahre in das Anzeigenblatt Kümmels Anzeiger eingelegt und verteilt worden. Das Amtsblatt ist das offizielle Mitteilungsorgan der Stadt. Sie publiziert dort alles, was nach dem Gesetz offiziell bekannt gemacht werden muss.

Erkner Was war geschehen?

Der Kümmels Anzeiger hatte mit seinen vielfältigen Lesermeinungen, den Stellungnahmen seines Herausgebers und den Anzeigen zu vielfältigen Themen aus den umliegenden Orten einen guten Rahmen dafür geboten. Mit der Flüchtlingswelle 2015 änderte sich die Ausrichtung des Kümmels. Nun machte er sich immer mehr zum Sprachrohr von Meinungen, die zwar gerade noch durch die Meinungsfreiheit gedeckt sein mögen, aber das Neutralitätsgebot eines Stadtanzeigers sicher verlassen haben: Ausgrenzung statt Toleranz war nun der Maßstab.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich das Meinungsbild im Anzeiger weiter radikalisiert. Die Fraktion der LINKEN hatte daher im Stadtparlament Erkner am 22. Februar 2020 den Antrag gestellt, das Amtsblatt nicht mehr in Kümmels einzulegen sondern getrennt fort-zuführen. „Das Anzeigenblatt Kümmels Anzeiger hat sich in den letzten

Jahren in eine Richtung entwickelt, die zunehmend politisch derart polarisiert, dass es von einer nicht geringen Anzahl der Bewohner der Stadt Erkner als nicht mehr von einer seriösen Berichterstattung getragen angesehen wird ... Der unbefangene Leser ... gelangt daher leicht zu der Auffassung, dass die Stadt sich die polarisierenden Meinungen in Kümmels Anzeiger wenn nicht zu Eigen macht, sie immerhin akzeptiert ... eine quasi amtliche Billigung.“ (siehe Erkner – ungefiltert, Nr. 1/2020, 17. Februar 2020, www.linke-erkner.de/index.php?id=51194) Die Stadtverwaltung war entrüstet. Der Antrag wurde von einer Mehrheit der Abgeordneten der anderen Fraktionen im Stadtparlament – SPD, CDU und Grüne – krachend abgelehnt.

Woher kam die plötzliche Abkehr

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Oder-Spree machte sich indes die Auffassung der Fraktion DIE LINKE zu eigen. Sie legte der Stadt Erkner im vergangenen Jahr nahe,

einen anderen Weg zur Veröffentlichung des Amtsblattes zu suchen. So kam es, dass der Vertrag mit dem Hauke-Verlag – Kümmels Anzeiger – von der Stadt zum Ende des Jahres 2020 gekündigt werden musste. Das bekräftigten die Stadtverordneten in einem einstimmigen Beschluss in ihrer Sitzung am 22. Oktober 2020 (siehe Kasten). Seither landet das Amtsblatt nicht mehr zusammen mit dem Kümmels in den Briefkästen, es kann aber wie bisher bei der Stadtverwaltung und auch an anderen öffentlichen Stellen mitgenommen bzw. im Internet eingesehen werden. Manchmal braucht man eben etwas mehr an Geduld und einen zusätzlichen Druck von Außen.

Andrea Pohl
Mitglied der Linksfraktion Erkner

(Zuerst erschienen im Informationsblatt der Linksfraktion Erkner 'Erkner ungefiltert', Ausgabe 01/2021)
(Kümmels Anzeiger gehört zum Hauke Verlag)

Steinhöfel von links gesehen

Aus der Sitzung der Gemeindevertretung (GV) am 24. März 2021

Steinhöfel Die Sitzung fand - nach mehrmaligen eindrucklichen Bitten der Linksfraktion wegen steigender Corona-Infektionszahlen - als Hybridsitzung statt.

Im Versammlungsraum war aber die Mehrheit der GV präsent und nur die Fraktionen Aktive Bürger, DIE LINKE.Steinhöfel und Ortsvorsteher waren per Video zugeschaltet.

Schon vor der Tür wurden mehrere interessierte EinwohnerInnen abgewiesen, weil im Versammlungsraum in Steinhöfel kein Platz mehr frei war.

EinwohnerInnen stellten die Frage, warum das Amtsblatt „Der falsche Waldemar“ ohne vorherige Ankündigung in „Oderländer“ umbenannt wurde.

Laut Bürgermeisterin Claudia Simon habe sie und Herr Wittig (WfD) sich für die Umbenennung entschieden und sahen keine Notwendigkeit zur Einbeziehung weiterer Gremien.

Grundsatzbeschluss zur Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien bei Umwelt und Klima in Entscheidungen der GV:

Obwohl die von unserer Fraktion eingebrachte Beschlussvorlage (s. Link Website) mehrheitlich in allen Ausschüssen befürwortet, wurde von der o. g. Mehrheit der GV der Beschluss wider Erwarten und nicht einmal mit Begründung abgelehnt.

Auf das hartnäckige Einfordern unserer Fraktion nach einer Erklärung, schob Frau Ulm (SPD) die Verantwortung auf die Klimabeauftragte des Landkreises und Herr Pelz (Wählergruppe Bürgerliche Mitte) meinte, dass eine solche Beschlussvorlage nicht nötig sei, da er wie jeder andere auch sich selbst um den Klima- und Umweltschutz kümmere. Der Handlungsspielraum unserer

Gemeinde bleibt somit ungenutzt.

Für die Nutzung des Gebäudes der Gemeindeverwaltung in Steinhöfel zahlt das Amt Odervorland an die Gemeinde Steinhöfel Miete, die nun gesenkt wird, da durch den Umzug von MitarbeiterInnen in Container nach Briesen immer weniger Räume genutzt werden.

Auf die Frage an die Bürgermeisterin, wie denn zukünftig das Gebäude von der Gemeinde Steinhöfel genutzt werde, kam die knappe Antwort, dass dies in einem anderen Gremium diskutiert werde. Im Hauptausschuss am 3.3.21 merkte Frau Simon an, dass es Interessenten für eine Anmietung von Büroräumen gäbe.

Auf die weitere Beteiligung der GV in dieser Frage sind wir gespannt.

Beschlussvorlage: <https://kurzelinks.de/fx1t>

Beschluss über die Festlegung der Standorte für einen Kita-Neubau und für einen Kita-Ersatzneubau in der Gemeinde Steinhöfel:

Maßgeblich war bisher: Der Kita-Neubau wird in 1 - 2 Jahren für die Kapazität von 60 Betreuungspätzen benötigt.

In den halbherzig geführten Diskussionen favorisierte die o. g. Mehrheit der GV den Standort Demnitzer Str. im OT Steinhöfel, egal welche Argumente für einen anderen Standort sprachen.

Der Vorschlag unserer Fraktion, das Gebäude der Gemeindeverwaltung in Steinhöfel für einen Kita-Umbau zu prüfen, hatte es nicht mal in die Vorschlagsliste geschafft. Und obwohl von einigen GemeindevertreterInnen und der Bürgermeisterin immer behauptet wurde, dass aus Gründen des Denkmalschutzes ein Umbau nicht möglich sei, hat sich inzwischen herausgestellt, dass das zuständige Denk-

malschutzamt offiziell für eine Prüfung gar nicht angefragt wurde.

Von der o. g. Mehrheit der GV wurde für die Demnitzer Str. gestimmt und somit stand dem bereits vorbereiteten Aufstellungsbeschluss für die Kita in der Demnitzer Str. nichts mehr im Wege.

Hätte sich die Mehrheit der o. g. GV für den Standort Buchholzer Anger unter Beteiligung der BuchholzerInnen entschieden (Fertigstellung: 1 - 1,5 Jahre), dann hätten die für den Bau am teuersten Standort Demnitzer Str. (Fertigstellung: 3 - 4 Jahre) nicht ausgegebenen Finanzen in den Eigenanteil für den benötigten Flächennutzungsplan zum Kita-Ersatzbau in Neuendorf fließen können.

Erschließungsbeitragssatzung

Wie der Satzung zu entnehmen ist, beinhaltet diese eine Kostenteilung in Höhe von 10 % durch die Gemeinde und 90 % durch die beitragspflichtigen Anlieger.

Unsere bereits am 2. März 2020 eingereichte Beschlussvorlage sieht mehrere bereits in anderen Kommunen praktizierte sozialverträgliche Varianten vor, wurde aber von der o. g. Mehrheit der GV nicht gewollt.

Beschlussvorlage: <https://kurzelinks.de/b4fk>



Martina Richter

Basisorganisation DIE LINKE. Steinhöfel

✉ kontakt@linke-steinhoefel.de

🌐 www.linke-steinhoefel.de

📘 facebook.com/linkesteinhoefel



Steinhöfel: Am Vormittag des 28. März trafen sich erneut über 100 Menschen, um gegen eine abermalige Veranstaltung im örtlichen Gasthof zu protestieren. Kein ruhiges Hinterland für Rassismus und Hetze!

Erfolg: In Schöneiche gilt weiterhin die Mietpreisbremse

Schöneiche In Schöneiche wird für weitere fünf Jahre die Mietpreisbremse gelten. Das bedeutet, dass die Miete in einem laufenden Mietvertrag um maximal 15 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden darf. Wird ein neuer Mietvertrag abgeschlossen, darf die Miete maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, die im aktuellen Mietspiegel berechnet wird.

Die Mietpreisbremse ist ein Bundesgesetz, muss aber von den Bundesländern umgesetzt werden. Eingeführt wurde sie in der letzten Wahlperiode, als in Brandenburg eine rot-rote Koalition aus SPD und LINKEN regierte. Seitdem galt die Mietpreisbremse in 31 Städten und Gemeinden. Die heutige Landesregierung aus SPD, CDU und GRÜNEN will sie nun in 15 dieser Gemeinden abschaffen (darunter

z.B. Erkner, Bernau und Königs Wusterhausen), weil der Wohnungsmarkt dort angeblich nicht mehr so angespannt ist wie noch im Jahr 2016. Die Linksfraktion im Landtag hat sich hingegen dafür eingesetzt, die Mietpreisbremse überall zu verlängern und auszuweiten.

Wie weltfremd es ist, die Mietpreisbremse in Teilen des Berliner Umlands abzuschaffen, lässt sich in Schöneiche gut beobachten. Seit Jahren wird es dort für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen immer schwieriger, eine (bezahlbare) Wohnung zu finden. Deshalb forderte die Gemeindevertretung auf Antrag von LINKEN und SPD schon im Dezember die Landesregierung auf, die Mietpreisbremse in unserer Gemeinde zu verlängern. Allein CDU und FDP stimmten damals

dagegen. Die GRÜNEN enthielten sich.

Der Protest hatte Erfolg: Wie das Bauministerium inzwischen mitgeteilt hat, wird die Mietpreisbremse in Schöneiche weiterhin gelten. Das ist eine gute Nachricht. Trotzdem dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Denn es fehlen weiterhin bezahlbare Wohnungen im Ort. Das zu ändern, muss für Gemeindevertretung und Bürgermeister endlich oberste Priorität werden. Was bisher passiert, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ihr/e Vermieter/in will die Miete mehr als zulässig erhöhen? Sie haben eine Wohnung neu gemietet und die Miete ist teurer als erlaubt? Hilfe bei der Durchsetzung der Mietpreisbremse erhalten Sie beim Mieterverein Erkner und Umgebung.

Bald in Schöneiche: Kostenfreie Energieberatung für Mieter:innen

Für Mieter:innen in Schöneiche wird es bald eine kostenlose Energie(spar)beratung geben. Das beschloss die Gemeindevertretung März auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Mit dem Angebot will die Gemeinde den Verbrauch von Strom, Wärme und Wasser senken und einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten. Denn oft lässt sich schon mit kleinen Maßnahmen der Energieverbrauch im eigenen Haushalt reduzieren. Weniger Energie zu verbrauchen heißt zugleich, bares Geld zu sparen. Das hilft insbesondere Menschen

mit niedrigen Einkommen. Die Energie(spar)beratung für Mieterhaushalte wird in Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Verbraucherzentrale Brandenburg umgesetzt. Gemeinsam mit der Verbraucherzentrale werden darüber hinaus weitere Informations- und Beratungsangebote auch für Menschen entwickelt, die in den eigenen vier Wänden wohnen.

Sowohl Mieter:innen, als auch Eigenheimbesitzer:innen sollen auf diese Weise darüber informiert werden, wie sie ihre Energiekos-

ten senken und zugleich zum Klimaschutz beitragen können. Mehr als die Hälfte der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen (55 Prozent) entsteht in Schöneiche in den privaten Haushalten.

Dem Antrag der LINKEN stimmten in der Gemeindevertretung auch Mitglieder von GRÜNEN, SPD, CDU und Schöneicher Liste zu (11 Ja, 3 Nein, 7 Enthaltungen).

Vorrang für Holz und erneuerbare Energie bei kommunalen Bauvorhaben

Wie wir bauen hat große Bedeutung dafür, ob wir unsere Klimaziele erreichen oder nicht. Allein die Zementindustrie und Betonherstellung ist für mehr als 8 Prozent des weltweiten Treibhausgasausstoßes verantwortlich. Dabei gibt es längst ökologisch und sozial nachhaltige Alternativen. Schöneiche hat damit bereits Erfahrung: Das neue Rathaus und eine Kita wurden als energiesparende Passivhäuser gebaut. Trotzdem kann auch die selbsternannte Waldgartengemeinde noch eine Schippe drauflegen, was das nachhaltige Bauen angeht.

Gemeinsam haben DIE LINKE und B'90/GRÜNE deshalb schon im Januar einen Antrag in

die Gemeindevertretung eingebracht. Das Ziel: Bei Bauprojekten der Gemeinde soll vorrangig mit Holz und anderen nachwachsenden oder recycelten Materialien geplant werden. Außerdem sollen die Gebäude möglichst vollständig mit (möglichst selbst erzeugtem) erneuerbarem Strom und Wärme versorgt werden. Für die Klimabilanz eines Bauvorhabens sind außerdem der Flächenverbrauch und der Verkehr (etwa zu einer neuen Kita oder Schule) von entscheidender Bedeutung. Auch diese Aspekte müssen deshalb schon in der Planung berücksichtigt werden.

Nach zwei intensiven Beratungsrunden fand der Antrag mit kleineren Änderungen im März

überwältigende Zustimmung in der Gemeindevertretung. Es gab 20 Ja-Stimmen, keine Gegenstimmen und eine Enthaltung.



Fritz R. Viertel

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der GV Schöneiche bei Berlin

✉ fritz.viertel@linke-schoeneiche.de

☎ 0152 / 26 12 24 67